Dresdner Keksfabrik Gebr. Pfund.

Z. hab. i. all. Apoth. u. gröss. Drogenhdl.

# Dresdner Nachrichten

36. Jahrgang.
Aufl. 52,000 Stück.

D.R.-Patent. Jede Thür.
Vollkommenster, selbstthätiger, geräuschloser Thürschliesser. Prospecte gratis u. franco. 45,000 Stück im Gebrauch.
Curt Heinsius,
Dresden-N., Tieckstr. 27, Fernsprechamt II, Nr. 2100.

Dresden, 1891.

J. G. Klingner, Dresden
Waisenhausstr. 1
am Dippoldiswaldaer Platz
Fernsprecher 1650.
Steingut
zu 50 Pf.-Bazar-Preisen.
Tonnen u. Steinbecher, Waschbecken, Krüge, Kartoffeln, Essig- u. Oelfässchen, Milchtöpfe, Butterdosen, Bratenteller.
Salzgarnituren, weiß, Paar 25 Pf.
Speisetellerchen, flach, weiß, 6 St. 50 „
do. gelbrand 4 „ 50 „
do. gelbrand 2 „ 50 „
Dessert-Kuchenteller, weiß 6 St. 50 „
do. gelbrand 4 „ 50 „
Compotiers, weiß von 50 bis 50 „
do. gelbrand 50 „
Kaffeetassen, weiß, 6 St. 50 „

W. F. Seeger, Kasernenstrasse 13,
Fernsprecher 2153.
Dresdner Champagner-Fabrik u. Wein-Grosso-Handlung
(gegründet im Jahre 1822).
Kommissionslager zu Originalpreisen in allen grösseren Orten von Sachsen und den Nachbarprovinzen. Preislisten versende frei.

Künstliche Zähne Specialität Gebisse ohne Gaumenplatten
Plombirungen etc. Korrekte Ausführung
Massige Preise
Chr. Sorup.
Zahnarzt
26 Wettiner-Str. 26.

Havelocks.
Reisemäntel, Gummimäntel, Paletots
empfiehlt in grösster Auswahl zu billigen Preisen
Robert Kunze, Altmarkt 1 (Rathhaus).
Bazar für Reise-Artikel und Herren-Modewaaren.

Engl. Sonnenschirme, Regenmäntel u. Hüte. Hofl. Robert Hoffmann, Seestrasse.

Nr. 97. Spiegel: Abwehr gegen die Sozialdemokratie, Deutsch-österreichischer Handelsvertrag, Zweijährige Dienstzeit. Heimnachrichten. Sächsischer Volkswohlstand, Sozialdem. Versammlung, Arbeiterzuge, Gerichtsverhandlungen, Tagesgeschichte, Lotteriezieh. Symphonie von Gleich. | Dienstag, 7. April.

## Politisches.

Der Reichskanzler v. Caprivi hat neulich einmal erklärt, daß die gegenwärtige Regierung ihre gesammte Politik unter den Gesichtswinkel der sozialdemokratischen Abwehr stelle. Dieser Grundsatz scheint zwar an sich etwas einseitig zu sein, man würde ihn jedoch allenfalls billigen können, wenn er in der That durchweg und an der richtigen Stelle angewendet würde. Wenn nun aber die Verhandlungen mit Oesterreich über den Abschluß eines Handelsvertrages das gleiche Motiv haben sollten, so wäre bedauerlicher Weise zu konstatiren, daß die Reichsregierung sich dabei vollständig auf dem Holzwege befindet. Denn der sie hierbei leitende Gedankengang könnte einzig dahin gehen, daß die landwirthschaftlichen Zölle die Lebensmittel vertheuern, daß die kleinen Leute hierdurch aufgebracht und den Umstürzlern in die Arme getrieben werden und daß das vermieden werden müsse. Für einen derartigen Gedankengang wären aber nicht nur die Aeußerungen sozialdemokratischer Führer verhängnißvoll, die, wie Liebknecht, in ojenherzigen Momenten es den Arbeitern als den kolossalsten Unsinn bezeichnen, die Theuerung als Folge der Zölle zu betrachten, sondern auch die Lektüre des amtlichen Regierungsblattes, des „Reichsanzeigers" Jahrgang 1890, in welchem an der Hand der Statistik immer und immer wieder nachgewiesen wird, daß die Zölle nichts mit der Theuerung zu thun haben. Man kann doch nicht gut annehmen, daß die früher erzielten amtlichen Resultate gefälscht waren und daß erst die neue Erkenntniß, die noch keine 10 Monate alt ist, das wahre Evangelium der Landwirthschaft entdeckt habe. Stellt man aber die angedeutete Voraussetzung bei Seite, so wird man nothwendig zu dem Resultate gelangen, daß die im Handelsvertrage zum Ausdruck gelangte Reichspolitik die Sozialdemokratie auf's Erfolgreichste fördert, indem sie derselben den Weg auf das Land mit Asphalt pflastert.

Wir können es jetzt als sicher annehmen, wenn auch das „Norddeutsche Allgemeine" Mäuchen in der letzten Nummer es noch Schamhaft verschweigen möchte, daß die Berathungen die Herabsetzung der diesseitigen Getreidezölle auf 3½ Mk. zur Grundlage haben. Es giebt kein Mucken mehr, wenn nicht der Reichstag sein Veto einlegt. Was wird nun aber von der Regierung gegenüber der Sozialdemokratie hiermit erreicht? Die Landwirthschaft ist die erste Trägerin des Kulturstaates und der Monarchie, natürlich doch nur dann, wenn sie nicht strangulirt wird. Die Rücksicht auf den Wohlstand derselben muß umso maßgebender sein, weil ohnehin die Internationale den Kampf gegen das platte Land eröffnet hat. Sollen nun von Obrigkeitswegen die Bauern unter die rothe Fahne getrieben werden, indem die alte Jagd wieder losgeht und die Einfuhr bei uns abermals die erste Violine spielt? Wenn solche Politik gemacht wird, dann kann man nur den Kampf gegen die Sozialdemokratie einstellen. Man blicke doch nur auf den Kampf, den selbst jetzt die Landwirthschaft kämpft. Das fortgesetzte Steigen der Löhne, der empfindliche Mangel an Arbeitskräften, das Steigen der öffentlichen, besonders der kommunalen Abgaben, die neue Sozialgesetzgebung mit ihren Beiträgen zur Unfall-, Kranken-, Alters- und Invaliditätsversicherung bringen ohnehin dem Lande gewaltige Lasten ohne Entgelt. Der Abschluß eines Vertrags mit Oesterreich würde bei einem Sinken der dortigen Valuta die Preise des Getreides, die heute kaum die Produktionskosten decken, auf den Stand zu Anfang der achtziger Jahre zurückschrauben, einen Stand, der damals die Reichsregierung veranlaßte, einen Zoll von 6 Mk. zu beantragen! Man möge doch jetzt, wo man zu einem überaus gefährlichen Experimente greift, erwägen, daß der Zoll von 5 Mk. erst drei Jahre lang in Kraft ist und daß nichts auf das Erwerbsleben eines Volkes verderblicher wirkt, nichts also die Sozialdemokratie in so effektvoller Weise befruchtet, als Unsicherheit und Schwankungen in wirthschaftlichen Maßnahmen und Gesetzen. Ruinirt den Bauernstand und die Landwirthschaft, und die nächsten Wahlen werden auf dem Lande Ueberraschungen ergeben, die allerdings nur jenen Politikern Ueberraschungen sein können, welche heute die deutsche Landwirthschaft preisgeben.

Was wird denn nun aber von Oben her angeführt, um einigermaßen zu trösten? Die deutsche Industrie, heißt es, wird mehr Horizen, und hierdurch auch der Landwirthschaft ein Bene erwachsen. Das erinnert daran, daß Jemand im Privatleben zu einem Anderen sagt: Was kümmert's Dich, Schulze, wenn Du arm wirst, Müller wird wenigstens reich und wird Dich nachher unterstützen. Aber die Sache liegt auch noch umgekehrt. Der Landwirth ist der hauptsächlichste Abnehmer der Industrie, die Abnahme der landwirthschaftlichen Kaufkraft ruinirt allmählich auch die Industrie. Zudem: haben wir ein Recht, Deutschland ganz in das Fahrwasser eines Industriestaates zu treiben? Die Industriellen selbst haben die deutliche Antwort gegeben — und es gereicht ihnen die Antwort zur Ehre — daß „die deutsche Industrie keine Vortheile anstrebe, welche nur auf Kosten der deutschen Landwirthschaft zu erreichen sind." Das ist ein Zeichen wirklich staatsmännischer Einsicht. Die Gemeinsamkeit der produktiven Interessen kann nicht besser und deutlicher zum Ausdruck gelangen. Wenn daher jetzt aus industriellen Kreisen der Vorschlag auftaucht, daß wir den Oesterreichern, unseren Verbündeten, im Wettkampf um unsere Getreidelieferungen 10 bis 20 Prozent vorgehen, so verdient diese Idee, durch welche der Preis bei uns keinen erheblichen Einfluß erleidet, die den Oesterreichern und Ungarn aber einen ganz außerordentlichen Vorsprung vor Rußland und Amerika gäbe, die höchste Beachtung. Man hat bisher seitens der Reichsregierung über die Gestaltung unserer Konzessionen geschwiegen, eine neuere offiziöse Kundgebung verheißt sogar, daß wir über die einschneidendste Maßregel unseres wirthschaftlichen Lebens nichts erfahren sollen, bis wir mit der Schweiz, Belgien, Italien, Rumänien in's Reine gekommen sind. Was hat das für einen Zweck? Genirt man sich, mit der Sprache herauszurücken oder ist das Ganze nur darauf berechnet, einen „kolossalen Effekt" zu erzielen? Das Letztere kann leicht eintreffen, aber in anderem Sinne, als die reichsländerischen Räthe der Krone dies erwarten.

Die Schrift des Generalleutnant z. D. v. Boguslawski „zweijährige Dienstzeit", welche ein der Bedeutung des Verfassers entsprechendes Aufsehen erregt, hat die im Titel angedeutete Frage abwechslungshalber wieder auf das Tapet gebracht. Es wäre nun aber nichts widersinniger, als wenn man dieselbe zu einer parteipolitischen gestalten wollte, denn mit den Parteien als solchen hat sie absolut nichts zu thun. Die Ansonnung derselben in diesem Sinn ist nichts anderes, als ein demagogisches Kunststück. Die Gesichtspunkte, welche bei Beurtheilung der Frage, ob es wünschenswerth sei, an Stelle der bisherigen Zeitrichtung eine zweijährige Dienstzeit einzuführen, maßgebend sind, sind vielmehr rein militärischer, finanzieller und sozialpolitischer Art. Es ist nun nicht zu leugnen, daß die Forderung im Sinne der zweijährigen Dienstzeit hauptsächlich deshalb eine gewisse Popularität besitzt, weil der bedrängte Steuerzahler hieraus eine finanzielle Erleichterung erhofft. Gerade aber dieser Gesichtspunkt ist verfehlt. Denn wenn eine Herabsetzung der Mannschaften aus anderen Gründen unmöglich ist, so wird die quantitative Erhöhung der Reservisten den erhofften Vortheil weit machen. Eine direkte, finanzielle Erleichterung würde sich nicht ergeben. Wohl aber ist es andererseits klar, daß eine Herabsetzung der Dienstzeit von großen wirthschaftlichen und sozialen Folgen sein müßte, insofern als der junge Mann alsdann nur auf zwei Jahre seinem Berufe und seinem bürgerlichen Wirkungskreise entzogen wäre. Diese Rücksicht ist es, welche die Herabsetzung ohne Weiteres hätte verbieten müssen, falls die maßgebenden, militärtechnischen Anforderungen ihre Erfüllung finden. Nach dieser Seite führt der General v. B. aus, daß 49 Millionen Deutsche weniger ausgebildete Soldaten in der Kriegsstärke aufstellen als 38 Millionen Franzosen. Das Mehr der Letzteren betrage zwischen 3- und 400,000 Mann, es werde in Zukunft das Doppelte erreichen. Bei dreijähriger Dienstzeit würden wir eine Friedensstärke von etwa 500,000 Mann nöthig haben, um das natürliche Uebergewicht gegen Frankreich zu erzielen. Dies sei aus finanziellen Gründen unmöglich; mit Einführung der zweijährigen Dienstzeit aber würden wir in Zukunft bei einer Einstellung von rund 250,000 Mann ein Mehr von etwa 250,000 ausgebildeten Leuten Frankreich gegenüber erhalten; hierfür verlangt Herr v. Boguslawski die Erhöhung des Präsenzstandes um etwa 20,000 Mann, die Verstärkung der Offiziere und Unteroffiziercorpes, Kapitulantenwesen mit hohem Anreizgelde, verstärkte Landwehrübungen, Annahme des Landsturmes in die militärischen Listen u. s. w. Der Gesammtetat würde also noch dem Verfasser eine Erhöhung des Präsenzstandes und somit eine Vermehrung der Kosten herbeiführen. Die Schrift weist ferner darauf hin, daß das Dispositionsurlaubs-Wesen und die Ersatzreserve hierdurch eingeschränkt würden. Man sieht also, daß gerade nach den Vorschlägen des Verfassers die Erfolge, welche die Freisinnigen agitatorisch als Lohn der zweijährigen Dienstzeit hinstellte, nicht eintreten, vielmehr manche Erschwerungen eintreten würden, welche ziemlich empfindlich nachwirken müßten. Wenn von anderer und zwar auch militärischer Seite die Einführung einer anderen Ausbildungsmethode der Infanterie vorgeschlagen wird, wonach nur alle zwei Jahre das Rekrutenkontingent eingestellt werden soll, so scheint dieser Vorschlag ungemein beachtenswerthes. Doch sind diese Dinge von so umwälzender Bedeutung, daß wir wohl in Kurzem Gelegenheit finden dürften, eingehend auf die hier nur angedeuteten Gesichtspunkte zurückzukommen.

## Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 6. April.

**Berlin.** Ende dieses Monats wird in Darmstadt der Besuch der Königin von England und gleichzeitig der des Kaisers erwartet. — Die Rückreise des Kaisers von Schleswig erfolgt erst am Mittwoch. — General Graf Wedell, der dem König von Schweden kürzlich im Auftrag des Kaisers ein Werk des Letzteren über dessen Nordlandreise überbrachte, erhielt vom Könige Oskar dessen Porträt als Geschenk. — Die Nachricht, daß das gesammte Kreuzergeschwader, das sich jetzt in den chinesischen Gewässern befindet, nach Chile beordert ist, wird allenthalben mit Genugthuung, als dem Ansehen Deutschlands förderlich, begrüßt. — Die kaiserliche Kabinetsordre, betreffend die Kommandantur in Helgoland, bestimmt, daß dieselbe vom 1. d. M. ab einzurichten ist und von der Marine reportirt wird. Der Kommandant untersteht dem Kommando der Marinestation in der Nordsee. Er hat die allgemeinen Befugnisse eines Zeitungskommandanten, aber keine Gerichtsbarkeit. — Der Sultan hat dem Reichskanzler 130,000 Rupien zugehen lassen, die zu gleichen Theilen unter die geschädigten Bewohner des preußischen und weimarisch-altenburgischen Saalethales vertheilt werden sollen. — Der Siebener-Ausschuß zur Vorbereitung der Reform des höheren Schulwesens nimmt am 14. d. M. unter Vorsitz Hinzpeter's seine Berathungen wieder auf. Dieselben sollen sich zunächst auf die Abgrenzung der Lehrpensen erstrecken. — Eine Milderung des Einfuhrverbots amerikanischen Schweinefleisches und Speckes wird von einigen Seiten als bevorstehend angekündigt. — Der Gouverneur von Deutsch-Ostafrika, Baron Soden, trifft dem „Tageblatt" zufolge heute mit dem Reichspostdampfer „Reichstag" in Tanga ein und begiebt sich von da nach Dar-es-Salaam, dem Sitz des Gouvernements, um dort die Regierungsgeschäfte zu übernehmen. — Die Nachricht, die Reise des Kontreadmirals Hollmann nach Kiel bezwecke die Einreichung seines Abschiedsgesuches, ist nach der Börsenzeitung grundlos. — Die „Voss. Ztg." läßt sich aus London melden: Es verlautet hier, Reichskanzler v. Caprivi habe eine Depesche an Lord Salisbury gerichtet, in welcher es heißt, die deutsche Kolonie in Südwestafrika werde aufgegeben werden, weil es dem englisch-deutschen Syndikate nicht gelinge, das nöthige Kapital aufzubringen. Die Depesche schildert das Gebiet als eine unfruchtbare Sandwüste. Die „Voss. Ztg." erklärt diese Nachricht selbst für unwahrscheinlich.

**Berlin.** Der chilenische Präsident hat auf Grund des chilenischen Zollgesetzes den Hafen von Caldera, so lange derselbe von Aufständischen besetzt ist, für geschlossen erklärt. Bei Zuwiderhandlungen droht das Dekret des Präsidenten mit Konfiskation der betreffenden Schiffe und Ladungen und macht außerdem die Producenten und Exporteure von Salpeter für den Ausfuhrzoll verantwortlich.

**Berlin.** Das Concursverfahren gegen Frhr. v. Wintenfeld, Sohn des ehemaligen Feldmarschalls und Statthalters, ist wieder aufgehoben worden, weil Nichts da ist.

**Kiel.** Der Kaiser begann Vormittags mit eigener Hand den Durchstich der Landwehr, nach welchem die Wassermassen in wächtigen Fluten in das neue Kanalbett eindrangen. Das Frühstück ward in Königsgelade eingenommen und dann die Fahrt auf der Westthalfinge des Rendsburg fortgesetzt.

**Kiel.** Der Kaiser traf mit dem Prinzen Heinrich, dem Generalfeldmarschall Grafen Moltke, dem Staatsminister v. Bötticher und den Adjutanten v. v. Gleig und v. Knorr Abends 6 U. 15 M. mittelst Hofzuges von Rendsburg hier wieder ein.

**Aachen.** Die vom Pacher Bergarbeiterkongreß zurückgekehrten Bergarbeiterdelegirten Otten, Schröder und Markgraf hielten gestern in Mottgen eine von etwa 700 Personen besuchte Versammlung ab. Otten hob die herzliche Aufnahme seitens der Pacher hervor. Schröder forderte zum Beitritt zum Verbande auf. Markgraf theilte mit, in Belgien werde der Streik in den nächsten Tagen beginnen. Kohlenverladungen dahin sollten verhindert werden. Von einem Generalstreik ist in Paris nicht die Rede gewesen.

**Wien.** Bei den heutigen 3 Stichwahlen zum Wiener Gemeinderath gingen die 3 Antisemiten als gewählt hervor.

**Prag.** Anläßlich des Verbots der geplanten Versammlung der ausständigen Maschinenschlosser fand ein blutiger Zusammenstoß derselben mit der Polizei statt. Die Arbeiter, welche in das Versammlungslokal nicht gelangen konnten, zogen vor das Nationaltheater. Die Polizei suchte sie zu zerstreuen, wobei die Menge mit Steinwürfen antwortete. Einzelne griffen die Polizei an und schleuderten ihnen Sand in die Augen. Die Wache hieb mit ihren Säbeln ein, verwundete 6 Arbeiter und nahm 5 Verhaftungen vor.

**Prag.** Der Generaldirektor der böhmischen Nordbahn, Hofrath de Mottet, ist heute in Mailand gestorben.

**Teschen.** Eine trotz behördlichen Verbotes von etwa 1000 Personen aus Ottrau unter Theilnahme fremder sozialistischer Wanderredner in Bortelsdorf abgehaltene Versammlung ist aufgelöst worden.

**Cannes.** Der Großfürst Michael Michaelowitsch von Rußland hat sich mit der ältesten Tochter des Prinzen Nicolaus von Nassau, der Gräfin Sophie Merenberg vermählt.

**Florenz.** Die heute allgemeine Versammlung der evangelischen Allianz ward heute eröffnet. 20 Nationen sind vertreten. An König Humbert ward ein Begrüßungstelegramm abgesandt. — Das Haus Roccakanali in Livorno hat fallirt. Passiva 6 Millionen, Aktiva 2½ Millionen.

**Basel.** In St. Gallen siegte bei der gestern zum ersten Male stattgehabten Wahl der Regierung durch das Volk die konservativ-demokratische Partei. Die Liberalen unterlagen.

**Zürich.** Der Bundesanwalt Scherb erstattete dem Bundesrath mehrere eingehende Berichte über den italienischen Anarchisten-Kongreß in Capolago im Tessin. Zweck derselben war die Feststellung eines Programms für einen später abzuhaltenden Kongreß. Infolge der verschiedenen Strömungen in der Versammlung scheint eine Verständigung nicht erzielt worden zu sein. Die Gestattung des Kongresses auf schweizerischem Boden erweist sich jetzt als ein Vortheil, da sie es der Bundesbehörde ermöglichte, schätzenswerthe Kenntnisse unter der Anarchistenbewegung zu erlangen.

**Madrid.** Die Bank von Spanien ward ermächtigt, eine neue Notenemission vorzunehmen. Ihr Privileg wurde bis 1921 verlängert. Die Bank wird der Regierung 150 Millionen zinsenlos vorschießen, wovon 62 Millionen zur Reduktion des Defizits, der Rest zur Herstellung von Eisenbahnen, Kriegsschiffen 2c. verwendet werden soll. Das Budget weist ein Defizit von 62 Mill. auf; die Hälfte weniger als im Vorjahre. Die schwebende Schuld beträgt 700 Millionen. Für den Bau von Kriegsschiffen sollen 170 Millionen aufgewendet werden.

**London.** Die Firma John Taylor's Söhne stellte ihre Zahlungen ein. — Der Mianzaimann am Indus hat sich erhoben und einen allgemeinen Angriff auf die englischen Posten gemacht.

**Petersburg.** Die Zeitungen erhielten strengen Befehl, kein Wort über Truppenbewegungen und Rüstungen zu bringen.

**Belgrad.** Die Skuptschina nahm mit großer Majorität das Pachgesetz in zweiter Lesung an. Der Ausschußreferent, einige Radikale und Giraschanin bekämpften den Paragraph 17 und verlangten die Einräumung der Unverletzlichkeit ausschließlich für den regierenden König, dessen Gemahlin und den Kronprinzen. Die Redner motivirten diesen Standpunkt mit der sonstigen Unmöglichkeit unparteiischer Gerichtsentscheidung bei staatsgefährlicher Einmischung des Königs Milan in die innere Politik, dem Zwiste des Elternpaares und dessen verderblichen Folgen für das Land und Volk. Der Paragraph 17 wurde sodann mit dem Zusatze „Lebender Abgeordneten und Scheidenden" ergänzt.

Die **Berliner Börse** eröffnete still und schwach, nur für österreichische Bahnen bestand regeres Interesse, namentlich Tauer besser bezahlt, Lombarden dagegen stärker angeboten. Von deutschen Bahnen Ostpreußen anziehend, später schwächte sich die Tendenz allgemein. Von Banken Creditaktien stärker angeboten, fremde Renten fast durchweg rückgängig, Bergwerke zu weichenden Kursen stärker offerirt. Im Kassaverkehr Banken schwach, Dresdner 1½ Proz. niedriger, Eisenbahnen meist fest, Bergwerke und Industriepapiere schwach. Spirituspreise 1 Proz. besser. Privatdiskont 2½ Proz., Nachbörse befestigt. — Wetter: Vormittags schön, Nachmittags bedeckt und kühler. Ost-Südost-Wind.

**Frankfurt a. M.** (Abends.) Kredit 203,25, Gensch. 217,75, Lomb. 116,50, Galizier —,—, Gotthard 98,10, 4proz. Ung. Gold. 92,20, Tischaw 200,50, Dresdn. Bk. 126,70 ctl. Lemb. —,—, Gelsenkirchen —,—, Beteiligt.

**Wien.** (Abends.) Kredit 299,75, Staatsbahn 247,00, Lombarden 117,50, Marknoten 99,50, Giscontoten 96,87, Ung. Kredit 139,50, Berlin befestigt.

**Paris.** (Schluß.) Rente 96,05, Russen 100,06, Italiener 91,06, Staatsbahn 546,25, Lombarden 277,50, do. Prioritäten —, Spanier 56¼, Egypter 495,31, Ottomanen 631,25, Goldrente 85,06, fest.

**Paris.** Produkten (Schluß). Weizen per April 29,10, per Sept.-Dez. 28,60, fest. Mehl per April 61,75, per September-December 62,50, fest. Rüböl per April 71,00, per September-December 77,25, fest.

**Amsterdam.** Produkten (Schluß). Weizen per November 264, Roggen per Mai 175, per October 170.

**London** (Produkten-Bericht). Weizen Zufuhren-Deutschlands behauptet, jedoch Käufer zögernd, Mehl fremdes, Stadtmarkt 27 sh., fremdes 25—35, Mais theurer, Gerste fest, Hafer gefragter, besonders ordinärer russischer, ordinärer ½ höher, Bohnen 1, Erbsen 2 Sch. höher als Vorwoche. — Wetter: Heiter.

## Oertliches und Sächsisches.

— Se. Majestät der König nahm gestern Vormittag im Schloß die Vorträge der Herren Staatsminister, Abtheilungsdirektoren und des Herrn Geheimrath Bär entgegen und ertheilte mehrere Audienzen.

— Die Prinz Georg'schen Herrschaften kehren heute Abend von ihrer nach Norddeutschland unternommenen Reise nach hier zurück.

— Se. Königl. Hoheit Großherzog von Oldenburg ist gestern Vormittag mit dem persönlichen Adjutanten, Major von

Pfund's Kondensirte Kindermilch. Trocken (Kunstmehl) Fütterung.
Dresdner Molkerei Gebr. Pfund, Bankstr. 41/42.